



## Am 1. Mai im Taunus gegen eine schändliche Kürzungspolitik bei den Arbeitsämtern

- Es gibt immer weniger Lehrstellen! Die Antwort: Streichung von Arbeitsamts-Programmen für Jugendliche! Jeder muss sehen, wo er bleibt, auch Behinderte und Benachteiligte!
- Es gibt immer weniger Arbeitsplätze! Die Antwort: Streichung von Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose! Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe!
- Es gibt immer mehr Aufgaben für das Arbeitsamt! Die Antwort: Es gibt keine Steuermittel mehr gegen Arbeitslosigkeit! Kürzung der Leistungen!
- Es gibt immer weniger Staatseinnahmen! Die Antwort: Steuergeschenke an Reiche und Superreiche wie zuletzt die Zinsabschlagssteuer statt Erhöhung der Staatseinnahmen zum Beispiel durch die Vermögenssteuer.

Die Folgen sind ein einziges Desaster: Wahrscheinlich 100.000 bis 120.000 mehr arbeitslose Jugendliche in diesem Jahr, 10.000 bis 20.000 neue Arbeitslose bei den Bildungsträgern, die bisher Arbeitslose qualifiziert haben. So also sieht die versprochene Halbierung der Arbeitslosigkeit aus! „Aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ heißt das offiziell. Darüber reiben sich die Hände, die eine Reservearmee von unqualifizierten Arbeitslosen brauchen, um weiter die Löhne und die Arbeitsbedingungen derer zu drücken, die noch einen Arbeitsplatz haben.

Wir finden uns mit dieser Politik des Sozialabbaus nicht ab. Wer arbeitslos wird oder keine Lehrstelle findet, darf nicht ins Bodenlose fallen. Die Arbeitsämter müssen wieder einen ausreichenden Bundeszuschuss erhalten. Im letzten Jahr waren das noch 5,6 Milliarden Euro. In diesem Jahr ist der Zuschuss gestrichen, obwohl die Arbeitsämter jetzt viel mehr Aufgaben haben und die Arbeitslosigkeit steigt. *Das ist so, als ob man der Feuerwehr das Wasser abdreht und gleichzeitig behauptet, jetzt könne besser gelöscht werden.*

Bei der Arbeitsförderung und den Benachteiligtenprogrammen für Jugendliche ist Feuer unterm Dach. Dagegen wehren wir uns. Auf den Maikundgebungen muss das überall zum Thema werden, ebenso wie die anderen zerstörerischen Elemente der Hartz-Politik.

Am 1. Mai kommt der Kanzler in den Hessenpark zur DGB-Kundgebung. Wir demonstrieren dort für die Einstellung eines ausreichenden Bundeszuschusses in den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit.

**Treffpunkt: Donnerstag, 1. Mai 2003, um 10 Uhr  
an der Bildungsstätte Alte Schule Anspach,  
Schulstraße 3, 61267 Neu-Anspach,  
anschließend Demonstration zum Hessenpark**